



Nr. 36

11. September 2013

## Inhalt

Nach mehrjährigen Verhandlungen:  
Entgeltordnung für Beschäftigte des Bundes soll 2014 in  
Kraft treten+++  
Arbeitsschutz in Europa muss gestärkt werden+++

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

DBB NRW überreicht „symbolischen Widerspruch“ gegen  
Verfassungsbruch+++  
Verbeamtungen in Mecklenburg-Vorpommern –  
„Zeichen der Zeit erkannt“+++  
Bundesweite „Initiative differenziertes Schulwesen“  
konstituiert+++  
BLBS fordert eine Änderung des Kooperationsverbotes  
im Bildungsbereich+++  
KEG: Persönliche Eignung für Erzieherberuf zwingend  
notwendig+++

## Namen und Nachrichten+++

aktuell

## Nach mehrjährigen Verhandlungen: Entgeltordnung für Beschäftigte des Bundes soll 2014 in Kraft treten

**(dbb) „Die Beschäftigten des Bundes erhalten nach mehrjährigen Verhandlungen eine neue, moderne Entgeltordnung“, sagte der Fachvorstand Tarifpolitik und Zweite Vorsitzende Willi Russ, der für den dbb die entsprechenden Gespräche führte, am 10. September 2013 in Berlin. „Gemeinsam mit Vertretern von ver.di, dem Bundesinnenministerium und dem Bundesfinanzministerium haben wir in der vergangenen Woche in allen wesentlichen Punkten eine Tarifeinigung erzielt.“**

Demnach soll die neue Entgeltordnung, die anhand von verschiedenen Merkmalen die Zuordnung einer Tätigkeit zu den Entgeltgruppen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) beim Bund regelt, zum Jahresbeginn 2014 in Kraft treten.

Als besonderen Erfolg wertete Russ, dass die stufengleiche Höhergruppierung zum 1. März 2014 durchgesetzt werden konnte. Das bedeutet: Beschäftigte, die in eine neue Entgeltgruppe aufsteigen, werden in die gleiche Stufe eingeordnet wie bei ihrer vorherigen Entgeltgruppe. Dadurch haben Beschäftigte die Möglichkeit zu deutlich höheren Einkommenszu-

wächsen, wenn sie höherwertige Aufgaben übernehmen.

Der Bund übernimmt desweiteren wichtige Regelungen der Entgeltordnung zum Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TV-L), etwa in Bezug auf die Wahrung bis zu sechsjähriger BAT-Aufstiege und Vergütungsgruppenzulagen. Berücksichtigt wurden dabei bundesspezifische Besonderheiten. Diese besonderen Tätigkeitsmerkmale haben zum Teil eine höhere Bewertung bekommen.

Weitere Details der Einigung auf [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

(01/36/13)

## Arbeitsschutz in Europa muss gestärkt werden

**(dbb) Die europäische Strategie zu Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz endete offiziell 2012. Ziel war eine Reduzierung der Unfallzahlen in Europa um 25 Prozent. Eine Neuauflage gibt es bislang nicht. Die Europäische Kommission wollte nun in einer öffentlichen Konsultation wissen, ob ihre bisherige Strategie von 2007 bis 2012 gewirkt hat und welche Schwerpunkte künftig gelegt werden sollten. Auch der dbb beteiligte sich an der Konsultation.**

„Die Zahl der Arbeitsunfälle in Europa ist in den vergangenen Jahren gesunken. Das alleine ist schon ein großer Erfolg. Allerdings dürfen darüber nicht die steigenden Gefahren durch Berufskrankheiten vergessen werden“, beschrieb Hans-Ulrich Benra, dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und Leiter der dbb Arbeitsgruppe Arbeitsschutz, am 10. September 2013 die Herausforderung für eine künftige europäische Arbeitsschutzstrategie. Auch in Deutschland ist die Anzahl der Arbeitsunfälle zwischen 2007 und 2012 gesunken, aber nicht um die europäisch angestrebten 25 Prozent, sondern nur um etwa fünf Prozent. Die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle an der Arbeitsstätte ist 2011 sogar um vier Prozent angestiegen. Der in vielen offiziellen Statistiken ausgewiesene leichte Rückgang ist auf spürbar weniger We-

geunfällen zurückzuführen. Auf diese Unfälle hat der Arbeitsschutz aber kaum Einfluss.

Benra verwies zudem darauf, dass sich die Problemlage beim Arbeitsschutz in den vergangenen Jahren gewandelt habe: „Die relativen Erfolge durch die insgesamt sinkende Zahl von Arbeitsunfällen wird durch den erschreckenden Anstieg von Berufskrankheiten geschmälert“, so Benra. Deshalb müsse in einer künftigen Strategie auch für die Vermeidung von Berufskrankheiten eine klare Zielvorgabe enthalten sein.

Der Fokus auf Berufskrankheiten sei auch in der öffentlichen Verwaltung besonders wichtig. Fast überall in Europa sei es zu Stellenkürzungen gekommen. Benra warnte vor den langfristigen Folgen einer solchen Politik: „Die Auf-

gabenverdichtung führt häufig dazu, dass der Druck auf den Einzelnen stark zunimmt. Die Sparpolitik darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen.“ Einigen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes müsse dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen, da sie teils sehr hohen Belastungen ausgesetzt seien. Dies betreffe unter anderem die Berufsfeuerwehren, aber auch Rettungsdienste.

Ein wichtiger Schwerpunkt aller aktuellen Arbeitsschutzstrategien müsse zudem auf der Prävention psychischer Belastungen und den daraus resultierenden Erkrankungen liegen, so Benra. „Allein im letzten Jahr waren psychische Erkrankungen der Grund für 53 Millionen

Krankheitstage und 41 Prozent der Frühverrentungen. Das ist nicht akzeptabel.“ Die gesamte Gesellschaft leide auf längere Sicht unter den Folgen.

„In der heutigen Arbeitswelt gibt es neue Gefährdungen. Darauf müssen sich die Arbeitgeber einstellen und im Dialog mit der Arbeitnehmerseite neue Lösungsvorschläge entwickeln.“ Dazu gehörten zum Beispiel eine Vertiefung gefährdungsorientierter Kenntnisse und eine Sensibilisierung in Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei Arbeitgebern.

(02/36/13)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **DBB NRW überreicht „symbolischen Widerspruch“ gegen Verfassungsbruch**

**(dbb) Nach der Sommerpause führt der DBB NRW in Kooperation mit dem Deutschen Richterbund und der Verwaltungsrichtervereinigung NRW den Protest gegen die Besoldungspolitik der Landesregierung fort.**

Die drei Verbände hatten im August ihre Mitglieder gemeinsam aufgerufen, gegen das Besoldungsanpassungsgesetz Widerspruch zu erheben. Jetzt wurde Ministerpräsidentin Hannelore Kraft symbolisch ein Widerspruch übergeben. In Vertretung der Regierungschefin empfing Finanzminister Norbert Walter-Borjans am 9. September 2013 eine Abordnung des DBB NRW und der beiden nordrhein-westfälischen Richtervereinigungen.

Nach einem Gespräch über die Besoldungsrunde 2013/2014 wurde Walter-Borjans ein Widerspruchsschreiben überreicht. DBB, Richterbund und Verwaltungsrichtervereinigung NRW kündigten an, „während der gesamten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und deutlich zu machen, dass so nicht mit den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern umgegangen werden kann“.

(03/36/13)

### **Verbeamtungen in Mecklenburg-Vorpommern – „Zeichen der Zeit erkannt“**

**(dbb) Mit dem Appell, verstärkt zu verbeamten, hat sich am 6. September 2013 das Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern an Ämter und amtsfreie Gemeinden des Landes gewandt. Sie sind aufgefordert, die verfassungsgemäße Ausgestaltung des im Grundgesetz verankerten Funktionsvorbehalts durch Verbeamtung insbesondere von Nachwuchskräften in der Kommunalverwaltung strikter umzusetzen. Der dbb mecklenburg-vorpommern begrüßte die Initiative als „dringend notwendigen Schritt zur Zukunftssicherung“.**

„Dass das Innenressort die Herausforderungen des demografischen Wandels annimmt und

aktiv für mehr Verbeamtungen im Land eintritt, ist ein wichtiger Schritt für die Zukunftsfähig-

keit des öffentlichen Dienstes“, kommentierte der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, die Initiative. Dabei gehe es nicht nur um den Beamtenstatus als Attraktivitätsmerkmal bei der Berufswahl, sondern vor allem um die Wahrung des Funktionsvorbehalts: „Wo der Staat in die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern eingreift, ist er ohne Wenn und Aber an die Gesetze gebunden. Auch wenn es um die Verlässlichkeit von staatlichen Aufgaben geht, also etwa in der Schulbildung oder im Sicherheitsbereich, muss garantiert sein, dass die verantwortlichen Dienste Tag für Tag, rund um die Uhr erbracht werden. Für diese bedingungslose Rechtsstaatlichkeit und Funktionsgarantie stehen Beamtinnen und Beamte in ihrem besonderen Dienst- und Treueverhältnis, zu dem unter

anderem das Streikverbot gehört, ein“, so Knecht.

Die Landesregierung erkenne mit ihrer Initiative die Zeichen der Zeit. Denn die öffentliche Verwaltung müsse im Spannungsfeld zwischen demografischen Veränderungen und dem Mangel an geeigneten Nachwuchskräften mit dem öffentlichen Dienst des Bundes und anderer Länder und mit der freien Wirtschaft konkurrieren. Wer die Leistungsfähigkeit der Verwaltung langfristig sichern wolle, müsse den öffentlichen Dienst attraktiv für gut ausgebildetes Personal machen. Das Angebot der Verbeamtung spiele dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Berufswahl junger Leute. (04/36/13)

## Bundesweite „Initiative differenziertes Schulwesen“ konstituiert

**(dbb) Die „Initiative differenziertes Schulwesen“ hat auf einer Tagung in München über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich informiert und diskutiert. Wie der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), der dem Bündnis angehört, am 8. September 2013 mitteilte, seien die Mitglieder der Auffassung, dass „in immer mehr Bundesländern die Zwangseinführung der Einheitsschule zu beängstigenden Qualitätseinbußen des Schulangebots für Schülerinnen und Schüler führt“. Verlierer seien die jungen Menschen, die um ihre persönlichen, individuellen Zukunftschancen gebracht werden.**

„Betroffenheit und Unzufriedenheit mit der Gemeinschafts- oder Einheitsschule“ sei der Tenor der Informations- und Diskussionsveranstaltung zum differenzierten Schulwesen gewesen, so der VDR weiter. Von bildungspolitischen Weichenstellungen seien in Deutschland rund 11,3 Millionen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen betroffen.

Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Direktoren aus allen Schularten in mehreren Bundesländern hatten sich Anfang Juli 2013 zu der Allianz zusammengeschlossen, in der sich inzwischen 33 Organisationen gemeinsam für das differenzierte Schulwesen einsetzen, darunter auch der Deutsche Philologenverband. (05/36/13)

## BLBS fordert eine Änderung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich

**(dbb) Das Kooperationsverbot zwischen dem Bund und den Ländern in Bildungsfragen muss geändert werden. Das hat der BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen) gefordert.**

Nur so könne die Finanzierung der berufsbildenden Schulen noch gewährleistet werden, da die Länder, die über das Lehrer-Personal an beruflichen Schulen entscheiden müssen, teilweise hoch verschuldet sind, so der BLBS am 10. September 2013. Um den politischen Willen „Keine Schülerin und kein Schüler geht verloren“ umzusetzen, müsse das Personalbudget höher ausfallen.

Wenn etwa immer wieder eine verbesserte Medienkompetenz der Schüler an den beruflichen Schulen gefordert wird, sei dazu eine teure IT-Ausstattung notwendig. Selbstverständlich benötigten berufliche Schulen aber auch für ihre vielen unterschiedlichen Fachrichtungen teure technische Geräte und Maschinen als Ausbildungsmittel, die ständig auf den neuesten technischen Stand gebracht werden

müssen. „Diese Beschaffung können sich die Kommunen oder Bezirke als Sachaufwandsträger nicht immer leisten. Die Vorgaben verabschieden der Bund und die Sozialpartner mit den Lehrplänen, die finanzielle Umsetzung erfolgt über die Länder, Bezirke und Kommunen, die dabei oft große Schwierigkeiten haben. Das muss für die beruflichen Schulen

geändert werden. Eine qualitativ gute berufliche Bildung in den Berufsschulen braucht sehr gute Rahmenbedingungen“, so der BLBS. Das Kooperationsverbot müsse geändert werden, um eine gute, zukunftsorientierte und qualitätsorientierte Berufsausbildung an den beruflichen Schulen zu sichern.  
(06/36/13)

## KEG: Persönliche Eignung für Erzieherberuf zwingend notwendig

**(dbb) Viele Jugendliche beginnen dieser Tage eine Erzieherausbildung an Fachschulen und –akademien für Sozialpädagogik. Vor diesem Hintergrund hat die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) auf „unabdingbare Zugangsvoraussetzungen“ hingewiesen, die die Studierenden mitbringen sollten.**

„Neben einer fundierten Allgemeinbildung und eventuell fachlichen Vorerfahrungen muss die persönliche Eignung in differenzierten Auswahlverfahren der Bewerber überprüft werden“, erklärte der Bundesbeauftragte der KEG, Manfred Mahlstedt, am 7. September 2013. „Durch persönliche Aufnahmegespräche muss gewährleistet sein, dass die Bewerber persönliche und fachliche Kompetenzen für ihre zukünftige sozialpädagogische Erziehertätigkeit in der Ausbildung erwerben können, insbesondere die Auseinandersetzung mit der Sozialisation und Entwicklung von Kindern vom Krippen- bis zum Hortalter.“

Angesichts der veränderten sozialen Rahmenbedingungen, Familienstrukturen und Lebenswelten sowie gesteigerter Erwartungen und Anforderungen an Bildung, Erziehung und Betreuung in den sozialpädagogischen Arbeitsfeldern müssten die zukünftigen Erzieherinnen und Erzieher berufsspezifische Voraussetzungen mitbringen, um im handlungsorientierten Unterricht – wissenschaftlich fundiert – zum Planen, Durchführen und Beurteilen von Arbeitsaufgaben in ihrer künftigen Erziehertätigkeit befähigt zu werden.  
(07/36/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Als „Zwangsbeglückung“ hat der BBW Energiespar-Vorschläge des baden-württembergischen Verkehrsministers Winfried Hermann bezeichnet. Er hatte seinen Mitarbeitern unter anderem vorgeschlagen, die Treppe zu nehmen statt den Aufzug und auf warmes Wasser nach dem Klobesuch zu verzichten. BBW-Chef und dbb Vize **Volker Stich** sagte dazu dem „Tagblatt“ (Ausgabe vom 7. September 2013), dies sei „grüne Beglückungstheorie“, zu der beispielsweise auch der Grünen-Vorschlag für einen fleischlosen Tag in Kantinen zähle. „Für mich ist das ein Stück weit Bevormundung, das geht am Fürsorgegedanken vorbei“, so Stich. Die Sparempfehlungen würden nur eines bewirken: „Dass man darüber schmunzelt.“

Nach dem Chaos am Mainzer Hauptbahnhof und dem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und Bahn-Chef Rüdiger Grube bezweifelte **Claus Weselsky**, dass nun alles besser wird. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize wies im „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 6. September 2013) darauf hin, dass die Lokführer bereits jetzt so viele Überstunden angesammelt hätten wie sonst in einem gesamten Jahr. „Jetzt höre ich immer wieder Beteuerungen, dass sich das System ändert, aber ich sehe es nicht“, sagte Weselsky. Das Personal werde immer noch dem Budget angepasst, nicht dem tatsächlichen Bedarf – „damit die, die ihre Zielvorgaben haben, erfolgreich sind“, fügte er mit einem Seitenhieb auf die Bahn-Mager hinzu.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr (**VBB**) hat darauf hingewiesen, dass in einem aktuellen Bericht des Bundesverteidigungsministeriums zur Situation in der Beihilfebearbeitung eine Zahlenangabe zu den derzeit noch nicht bearbeiteten Anträgen fehlt. Nach dem VBB vorliegenden Informationen gehe es um mehr als 60.000 nicht bearbeitete Anträge, erklärte der Verband. „Der VBB ist nach wie vor der Auffassung, dass mit Abschlagszahlungen, auch wenn sie nur bei Anträgen mit Aufwendungen zwischen 1.000 und 2.500 Euro geleistet werden sollen, nur schwerlich eine Entspannung der prekären Situation erreichbar sein wird.“ Standardanträge mit einer Antragssumme unterhalb von 1.000 Euro werden dem Bericht zufolge seit 19. August 2013 in einem „beschleunigten risikoorientierten Prüfverfahren“ bearbeitet.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, räumt dem Bildungsföderalismus – der Hoheit der Bundesländer über die Schulpolitik - keine guten Zukunftschancen ein. Die „Welt“ (Ausgabe vom 5. September 2013) schrieb zu diesem Thema: „In 20 Jahren wird er in seiner heutigen Form nicht mehr existieren. Er wird einfach viel zu teuer. Zudem hat er keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung.“ Das Blatt zitiert Meidinger mit den Worten: „Verfassungsrechtlich wird er wohl nicht ganz verschwunden, in seinen praktischen Auswirkungen wird er aber deutlich gezähmt sein.“ Die Bildungspolitik einiger Länder könne ohne Hilfe des Bundes nicht überleben.  
(08/36/13)